

BochumerBund kritisiert Verbot von Regenbogenflagge und CSD-Teilnahme durch Bundestagspräsidentin Klöckner

Der BochumerBund (Fachgewerkschaft für beruflich Pflegende) kritisiert scharf das Verbot der Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU), die Regenbogenflagge am Reichstagsgebäude zum Berliner CSD zu hissen sowie das Verbot für das queere Mitarbeitendennetzwerk der Bundestagsverwaltung, am CSD teilzunehmen. Diese Entscheidung wird mit „politischer Neutralität“ begründet und bedeutet in Wirklichkeit einen Rückzug aus gesellschaftlicher Verantwortung. Dies insbesondere in einer Zeit, in der queere Menschen erneut gezielt angegriffen und marginalisiert werden. „Pflegeprofession heißt Vielfalt und das jeden Tag. Wer queere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum verbietet, stellt sich gegen die Würde derer, die diese Gesellschaft tragen,“ erklärt Selina Mooswald, Bundesvorsitzende des BochumerBund.

Pflegende leisten täglich wertvolle Arbeit und stehen schon in ihrer Grundhaltung für Menschenwürde. Und dies unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Identität. Diese Haltung endet nicht am Krankenbett, sondern reicht bis auf die Straßen und in das öffentliche Bekenntnis zu einer Gesellschaft ohne Ausgrenzung. „Pflege lässt niemanden zurück, weder in der Station noch im öffentlichen Raum,“ so Mooswald.

Der BochumerBund kooperiert unter anderem mit dem LSVD⁺-Verband Queere Vielfalt e. V., um die Interessen queerer Pflegender sichtbar zu machen und für diskriminierungsfreie Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten. Die Vielfalt im Vorstand des BochumerBund ist Ausdruck unseres gelebten Anspruchs an Inklusion und Repräsentation. Lea Prinz, Beisitzerin im Bundesvorstand betont: „Wenn staatliche Institutionen ihre Regenbogenflaggen einrollen, soll queeres Leben wieder leiser werden. Wir werden nicht leiser. Wir werden lauter, solidarischer und sichtbarer. Dafür stehen wir mit dem BochumerBund und dem LSVD⁺ gemeinsam.“ Selina Mooswald führt weiter aus: „Feminismus, Queersein und gewerkschaftlicher Kampf gehören zusammen. Sichtbarkeit ist kein Symbol, sondern Schutz und Teilhabe. Wer Regenbogenfahnen verbietet, verweigert Teilhabe. Als Pflegegewerkschaft stehen wir klar: Für Sichtbarkeit, für queeres Leben, für Respekt und Menschlichkeit.“

Der BochumerBund fordert die Rücknahme des Verbots des Hissens der Regenbogenflagge am Reichstag, welche in den vergangenen Jahren dort prangte. Zudem die Erlaubnis für das queere Mitarbeitendennetzwerk der Bundestagsverwaltung, am Berliner CSD teilzunehmen sowie eine klare Positionierung der Bundesregierung gegen Queerfeindlichkeit und für demokratische Sichtbarkeit.